

Andreas Diers:
Arbeiterbewegung – Demokratie –
Staat. Wolfgang Abendroth.
Leben und Werk 1906-1948,
VSA-Verlag Hamburg 2006,
628 S. (39,80 €)

Im Mai dieses Jahres hätte mit Wolfgang Abendroth einer der wichtigsten marxistischen Wissenschaftler der Bundesrepublik seinen hundertsten Geburtstag gefeiert. Pünktlich zum Jubiläum ist nun eine Teilbiographie über den 1985 verstorbenen Rechtswissenschaftler und Politologen erschienen.

Die interdisziplinär angelegte Dissertationsschrift des Juristen Andreas Diers umfasst mit den Jahren 1906 bis 1948 etwa die erste Hälfte von Abendroths Leben. Sie zeichnet einen überaus bewegten Werdegang nach: Kindheit im Kaiserreich, Studium und politische Aktivität in der Weimarer Republik, Promotion im Schweizer Exil, Rückkehr nach Deutschland und Widerstand gegen die NS-Herrschaft, Einberufung ins »Strafbataillon 999« und Mitglied der griechischen Partisanen, Haft in den Knästen der Gestapo und später in britischen Kriegsgefangenenlagern, Professor in der Sowjetischen Besatzungszone und schließlich Flucht in die spätere Bundesrepublik.

Für Diers bilden die Erlebnisse dieser ereignisreichen Zeit die entscheidende Grundlage der wissenschaftlichen Theorien Abendroths. Statt einer rein systematischen Analyse der frühen Schriften legt er daher einen Schwerpunkt seiner Untersuchung auf jene Erfahrungen: »Eine abstrakt theoriegeschichtliche Herangehensweise könnte Abendroth (...) nicht gerecht werden, da bei ihm die Entwicklung von Theoriekonzeptionen und die politische Praxis eine untrennbare dialektische Einheit bildeten« (S. 21).

Überzeugend stellt Diers den Einfluss der Familie auf die Politisierung Abendroths dar. Die Eltern waren Sozialdemokraten, der Großvater trat während des Krieges der USPD bei. Früh wurde Abendroth selber politisch aktiv. Im Alter von knapp 14 Jahren wurde er Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, wenig später der KPD. Diers schreibt zu Recht, »dass Abendroth nicht als Intellektueller in die Ar-

beiterbewegung gekommen ist, sondern dass er ein Intellektueller war, der direkt aus der Arbeiterbewegung stammte« (S. 25).

Abendroth war Kommunist. Allerdings stand er, wie Diers aufzeigt, mit seinen politischen Positionen häufig gegen die offizielle Parteilinie der zunehmend stalinisierten KPD. So war Abendroth der Ansicht, dass die Arbeiterbewegung geeint handeln müsse, um soziale Fortschritte zu erkämpfen. Diese Einsicht zog er aus der Erfahrung verschiedener »Einheitsfront«-Aktionen bis 1926 – etwa dem von SPD und KPD gemeinsam initiierten Volksentscheid zur Fürstenenteignung oder dem Generalstreik, der zum Scheitern des Kapp-Putsches beitrug: »In dieser Zeit machte Wolfgang Abendroth die prägende Erfahrung, dass eine geschlossen agierende Arbeiterbewegung im Kampf für demokratische und soziale Rechte große Erfolge erringen kann, auch wenn große Teile des Staatsapparats genau gegen diese Rechte ankämpfen« (S. 92).

Abendroth musste jedoch miterleben, wie die KPD im Zuge ihrer Stalinisierung von der Einheitsfront-Politik Abstand nahm. Statt dessen vertrat die Parteiführung gegen Ende der 1920er Jahre die Ansicht, dass eine Zusammenarbeit mit der SPD, deren Mitglieder nun als »Sozialfaschisten« beschimpft wurden, nicht mehr möglich sei. Gerade in Anbetracht der heraufziehenden faschistischen Gefahr war dies für Abendroth eine unhaltbare Position. Für seine Kritik wurde er »beinahe verhauen« (S. 218) und 1928 aus der Partei ausgeschlossen. In den folgenden Jahren kämpfte er daher im Rahmen der Kommunistischen Partei Opposition (KPO) und der Gruppe »Neu Beginnen« für die Umsetzung seiner Bündnisstrategie.

Laut Diers waren die Verteidigung und der Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaats zentrale Anliegen Abendroths. Er vertrat zwar den marxistischen Standpunkt, dass der bürgerlich-demokratische Staat ein Herrschaftsinstrument des Kapitals sei, und er war »sich auch darüber im Klaren, dass jeder Kampf um Demokratie, den die Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft führt, grundsätzlich begrenzt bleibt« (S. 36). Aber gerade die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und seine eigene Verfolgung und Inhaftierung während der NS-

Zeit – über die er selten sprach – ließen ihn zum Schluss kommen, dass die parlamentarische Demokratie der beste Rahmen für die Arbeiterbewegung sei, um für eine andere Gesellschaft zu kämpfen: »Ohne seine politische Utopie aus den Augen zu verlieren, machte sich Abendroth zugleich für die in der Verfassung verbrieften Rechte der Arbeiter stark« (S. 222)

Sein endgültiges Ziel war die »Verwirklichung eines demokratischen und humanistischen Sozialismus« (S. 481). Aus diesem Grund kritisierte Abendroth schon in den 1920er Jahren die Politik Stalins in der Sowjetunion. Und aus demselben Grund verließ er 1948 die Sowjetische Besatzungszone – trotz aller Karriereangebote, die ihm die dortigen Behörden machten. Ein Sozialismus ohne Demokratie war nicht sein Sozialismus.

Andreas Diers liefert mit seiner Arbeit einen sehr gut recherchierten, zumeist analytisch klaren und spannend zu lesenden Überblick über Abendroths Werdegang bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Er hat bei der Erstellung dieser voluminösen Biographie eine enorme Fleißarbeit geleistet und zahlreiche Quellen, darunter den gesamten privaten Nachlass Abendroths, ausgewertet. Allein das Quellen- und Literaturverzeichnis umfasst knapp 120 Seiten.

Leider macht der enorme Umfang auch einen der Mängel des Buches aus. Manchmal hätte eine Straffung dem Text gut getan – vor allem beim Kapitel über die Kindheit, das häufig spekulativ bleibt. Es wäre auch beispielsweise nicht nötig gewesen, detailliert jedes einzelne Seminar aufzulisten, das Abendroth im Lauf seines sechsjährigen Studiums besucht hat. Auf der anderen Seite fallen einige Unterkapitel deutlich zu knapp aus – so das halbseitige »Über Leo Trotzki«.

Nicht ganz klar wird zudem der Einfluss August Thalheimers auf Abendroths Faschismusanalyse. Diers bezeichnet zwar den früheren KPD-Vorsitzenden und KPO-Gründer als Vorbild des jungen Juristen. Aber leider liefert er an den entsprechenden Stellen keinerlei Hinweise darauf, ob und wie sich Abendroth auf Thalheimers Thesen stützte.

Diese kleineren Schwächen ändern aber nichts daran, dass es dem Autor gelungen ist, dazu beizutragen, »dass ein in Vergessenheit

geratenes Gedankengebäude und Werk wieder bzw. neu erschlossen und vor dem spurlosen Verschwinden bewahrt wird« (S. 19). Gemeinsam mit den kürzlich im Offizin-Verlag erschienenen »Gesammelten Schriften 1926-1948« hat Diers die Forschungslücke zum frühen Abendroth geschlossen.

MARCEL BOIS

Andrea Griesebner:
Feministische Geschichtswissenschaft. Eine Einführung,
 Löcker Verlag Wien 2005,
 202 S., (15 €)

Das Ergebnis kann vorweggenommen werden: Die an der Universität Wien lehrende Frühe-Neuzeit-Historikerin Andrea Griesebner hat mit diesem Buch eine sehr gute Einführung vorgelegt. Sie gibt einen Überblick über die verschiedenen Ansätze der Frauen- und Geschlechtergeschichte und die Entstehung der »modernen« Wissenschaft samt ihren Institutionen und schildert die darauf bezogene feministisch motivierte Kritik der letzten Jahrzehnte. Durch den ganzen Text hindurch wird deutlich, wie politisch Geschichte und Geschichtsschreibung ist, was sich allein schon an der Frage zeigt, wessen Perspektive als historische Wahrheit legitimiert werden soll. Feministische Geschichtswissenschaft lasse sich, so die Autorin, nicht über einen einheitlichen Gegenstand definieren, sie sei auch keine Teildisziplin – sondern im Gegenteil Geschichtsschreibung aus einer feministischen Perspektive.

Im ersten von drei Kapiteln erzählt Griesebner die Entstehung der Geschichtswissenschaft ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Frauen waren von der Wissenschaft ausgeschlossen, noch Anfang der 1980er Jahre gab es in ganz Österreich nur zwei geschichtswissenschaftliche Professorinnen. Frauen erkämpften sich nur sehr langsam und sehr verstreut den Einlass in die Trutzburg der Konkurrenz fürchtenden Männer.

Im zweiten Kapitel werden – nach einem kurzen Ausflug in die 1970er und 1980er Jahre, den Zeitraum der Gründung der zweiten

Frauenbewegung – chronologisch die verschiedenen theoretischen Ansätze einer feministischen Geschichtswissenschaft vorgestellt: von dem sehr prägenden Text von Maria Mies »Methodische Postulate zur Frauenforschung« von 1978 über die Kritik daran – vor allem durch die Mittäterschaftstheorie von Christina Thürmer-Rohr 1983 – bis zur grundsätzlichen Infragestellung von Gegensatzpaaren wie Natur/Kultur, öffentlich/privat und vor allem auch »Mann«/»Frau« in späteren Jahren. Aktuelleren Debatten nähert sich die Autorin ebenfalls, indem sie fragt, wie bestimmte Aspekte der Historischen Anthropologie oder auch das Bourdieusche Konzept der Praxeologie zur näheren Bestimmung und zur Aufhebung des Widerspruchs zwischen Struktur und Erfahrung benutzt werden können.

Im dritten Kapitel widmet Griesebner sich schließlich dem weiten Feld der Dekonstruktion und den Debatten um sex und gender: Sex als ein anatomisches Merkmal des Körpers und gender als kulturelles Konstrukt dessen, was eine Gesellschaft als »weiblich« oder »männlich« ansieht. Auch wenn die Einführung des Begriffs »gender« ein politischer und wissenschaftlicher Fortschritt gewesen sei, so Griesebner, verbleibe er doch einem körperlichen Substrat verhaftet und beachte zu wenig, dass geschlechtliche Identitäten in erster Linie ein Produkt von Normen und der individuellen Sozialisation seien – und weniger eines von körperlich feststellbaren »Tatsachen«. Zu untersuchen sei nun, wie sich in den letzten 150 Jahren die Geschlechterdifferenzen (bzw. ihre Wahrnehmung) herausbildeten. Dies würde auch bedeuten, von der Vorstellung Abschied zu nehmen, es gebe einen harten Kern individueller Identität – denn diese Identität entstehe schließlich immer in Auseinandersetzung mit anderen Menschen, sei also nicht zuletzt historisch. Zweitens könne Geschlecht nicht mehr als unverrückbare Kategorie angesehen werden, und »Erfahrung« sei ein diskursives Ereignis und nicht etwa unhinterfragbare Realität.

Die Autorin positioniert sich forschungspolitisch sehr parteilich, was schon allein deshalb zu begrüßen ist, da es in letzter Zeit etwas aus der Mode gekommen ist: Konstruktivistische Ansätze werden von der Autorin bevorzugt. Sie fordert im Hinblick auf eine hand-

lungsfähige Frauenbewegung einen Verzicht auf Identitätspolitik. Wie jedoch ein Handeln jenseits des »feministischen Paradoxons« (so die Historikerin Joan W. Scott), das immer schon gefangen ist in der Herstellung der Kategorie »Frau«, die aufzulösen es angetreten ist, aussehen könnte, bleibt weiter aktuell und in den täglichen Konflikten zu bestimmen. Emanzipatorische Bewegungen (und auch Wissenschaft) werde politisch erst wieder handlungsfähig, wenn sie auf die Anrufung kollektiver Identitäten verzichten. Angezeigt sei eine »Politik der Allianzen«, deren Verbindung über das auszuverhandelnde gemeinsame Ziel – und nicht im Rückgriff auf vorgeblich gemeinsame Identitäten (Arbeiter, Frau, etc.) – erfolgen sollte.

BERND HÜTTNER

Werner Rätz, Dagmar Paternoga,
Werner Steinbach:

Grundeinkommen: bedingungslos,
AttacBasisTexte 17, VSA-Verlag
Hamburg 2005, 94 S. (6,50 €)

Nicht nur in »UTOPIE kreativ«, sondern auch in der Bundestagsfraktion von Linkspartei und Wahlalternative macht neuerdings wieder eine alte Idee Karriere – das bedingungslose Grundeinkommen. Warum dem so ist, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit erklären. Eine wesentliche Rolle dabei spielt jedoch auf jeden Fall die Einsicht, daß es in der computerisierten kapitalistischen Industriegesellschaft, in der tendenziell mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen werden, immer weniger gelingen kann, ein Erwerbseinkommen für alle (die arbeiten wollen beziehungsweise müssen) zu sichern. Wachsende Massenarbeitslosigkeit und die den Betroffenen von ratlosen, neo-liberal begeisterten Regierungen aufgeherrschten massiven Wohlstandsverluste erscheinen so als Fluch von Jahrhunderten erfolgreicher Produktivkraftentfaltung, die doch eigentlich das Gemeinwohl aller hervorbringen sollte. Wenn einerseits der Reichtum von Jahr zu Jahr wächst, aber andererseits ein immer größerer Teil der Bevölkerung davon ausgeschlossen wird, weil die Teilhabe bisher fast

ausschließlich über Beschäftigungsverhältnisse (und natürlich Eigentumsverhältnisse) vermittelt ist, dann liegt es nahe, über mehr Verteilungsgerechtigkeit und entsprechend mehr Zugang zu den Mitteln für ein besseres Leben nachzudenken. Und manche führt dieses Nachdenken zum »bedingungslosen Grundeinkommen«.

In die unübersichtliche Gemengelage, die durch die Gleichzeitigkeit von oft ähnlichen und doch konkurrierenden Konzepten hervorgerufen wird, versucht nun die ATTAC-Kampagne »genug für alle« etwas mehr Ordnung und Orientierung zu bringen – und zwar durch ein kleines Büchlein, das nicht Partei für dieses oder jenes Konzept ergreift, sondern grundsätzlich parteilich ist. Es setzt sich bedingungslos für die Idee eines Grundeinkommens, in welcher Variante auch immer, ein. Damit stellen die Autorin und die Autoren ihre Schrift bewußt in den Dienst einer Vision, für deren Durchsetzung nicht zuletzt die Aufgabe gewohnter Leitbilder und Wertvorstellungen – nicht weniger als das Durchbrechen einer psychologischen Barriere – notwendig erscheinen.

Da es ausdrücklich und vor allem um die positive Darstellung eines Konzepts geht, wird bewußt auf eine Auseinandersetzung mit den Gegnern des bedingungslosen Grundeinkommens verzichtet. Behandelt werden vielmehr Definition(en), Entstehungsgeschichte, Voraussetzungen, politische Kontexte, Kontroversen (aber nur unter den Befürwortern!) und schließlich – allerdings nur extrem kurzorisch – Finanzierungsmöglichkeiten, von denen behauptet wird, daß es bereits »eine Vielzahl genau durchgerechneter Modelle« (S. 87) gäbe.

Für die Gegner der Grundeinkommensidee bietet dies Büchlein also nichts oder nicht viel Neues. Es ist bestenfalls eine kurzweilige und lesenswerte, sachliche Zusammenstellung dessen, was von diesen ohnehin schon des öfteren attackiert wurde. Für jene jedoch, die das Konzept gut finden und die sich für seine Verwirklichung einsetzen wollen, kann es nur der Einstieg in eine komplexe, höchst umstrittene Materie sein – ein Basistext eben.

ARNDT HOPFMANN

Andrès Solimano (Hrsg.):
Vanishing Growth in Latin America. The Late Twentieth Century Experience,
 Edward Elgar Cheltenham,
 UK/Northampton, MA, USA 2006,
 245 S. (59,95 €)

Der »Linksruck« in Lateinamerika ist zur Zeit bei den Sozialwissenschaftlern ein beliebtes Gesprächsthema. Die Politik von Chavez und Morales hat nicht nur unter den Linken Lateinamerikas Hoffnungen geweckt. Verglichen mit Europa, Asien, Afrika und Australien, Kontinenten, in denen sich neoliberale Politik – nicht zuletzt durch das Diktat des IWF – immer stärker durchsetzt, schaut es ganz so aus, als ob in Lateinamerika die Uhren anders gehen. Linksorientierte deutsche Zeitschriften (z. B. *Argument*, *Prokla*) haben sich dem Thema zugewendet, wobei nicht nur die aktuellen Ereignisse in den Ländern südlich des Rio Grande zur Debatte stehen. Die Analysen umfassen auch längere Zeiträume. Häufig kommt jedoch gegenüber der Politik- und der Sozialanalyse die Ökonomie zu kurz. Die Wirtschaftsentwicklung ist jedoch ein wichtiger Erklärungsfaktor für Unzufriedenheit der Völker mit den Herrschenden. Deshalb sollten wegen der Langfristigkeit ökonomischer Prozesse vor allem jene Untersuchungen zur Wirtschafts- (und Sozialpolitik) Lateinamerikas auf besonderes Interesse stoßen, die sich über längere Zeiträume erstrecken.

Dass es bisher daran oftmals mangelt, hängt gewiss mit dem Rückgang der Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte zusammen, deren Forschungskapazität in entsprechenden Einrichtungen in der Ex-DDR ganz und an den ostdeutschen Universitäten teilweise demontiert wurde – was auch der westdeutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung nicht gut tat.

Die ökonomische Vergangenheit als Forschungsgebiet entdeckt haben dagegen jene Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der Theorie und Empirie des wirtschaftlichen Wachstums befassen. Allerdings beschränken sie sich bei der Suche nach den Ursachen von Perioden »nachhaltigen Aufschwungs« bzw. »nachhaltiger Stagnation« ganz überwiegend

auf die »Faktoranalyse«, d. h. den Beitrag von Kapital und Arbeit sowie den Grad der Effektivität ihrer Anwendung im Produktionsprozess.

So aufgebaute Wirtschaftsanalysen sind zu den politischen Analysen wenig passfähig. Das hängt nicht nur mit der ausgeprägten speziellen Wissenschaftssprache der »Wachstumsökonomien« zusammen, sondern auch mit dem bei ihnen fehlenden umfassenderen theoretischen Hintergrund, wie er linken Analysen zugrunde liegt. Das muss der Leser berücksichtigen, wenn er sich dem »missing link« bei der Untersuchung des lateinamerikanischen »Linksrucks«, der ökonomischen Analyse zuwendet, wie sie im zu besprechenden Buch vorgenommen wird.

Der Band ist auf der Grundlage der Beiträge eines internationalen workshops zustande gekommen, das von der »Wirtschaftlichen Entwicklungsabteilung« der »Ökonomischen Kommission für Lateinamerika und die Karibik« (ECLAC) zusammen mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank veranstaltet wurde.

Schon der Buchtitel überrascht. Denn bisher galt, dass Lateinamerika nach dem »verlorenen Jahrzehnt« der 80er Jahre, als die bis dato dominierende Wirtschaftspolitik der Importsubstitution offensichtlich an die Grenzen ihrer Wirksamkeit gekommen war, nach Alternativen aber erst zögerlich gesucht wurde, den Weg zur Prosperität zurückgefunden hätte. Das sei aufgrund der Akzeptierung der Bedingungen des 1989 formulierten »Washington Consensus«, der einen Verzicht auf eigene nationale Industrialisierungspolitik zugunsten der vollständigen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt predigte, möglich geworden. Anhand umfangreicher empirischer Untersuchungen kommen die Autoren des Bandes jedoch nicht umhin festzustellen, dass nicht nur die 1980er, sondern auch die 1990er Jahre durch eine »große Häufigkeit von Wachstumskrisen« bei durchschnittlich niedrigen Wachstumsraten gekennzeichnet waren (S. 22).

In dem vorliegenden Band wird erstmals zugegeben, dass sich der im »Washington Consensus« geforderte wirtschaftspolitische Wechsel nicht ausgezahlt hat. Die Ergebnisse der Wachstumsanalyse erschüttern einige Grundsätze der vom IWF gegenüber Dritte-

Welt-Ländern bis heute »empfohlenen« Wirtschaftspolitik. So haben die Autoren erstens nachgewiesen, dass der Verzicht auf ein eigenes Industrialisierungskonzept und die weitgehende Ausrichtung des wirtschaftlichen Wachstums auf den Export von Erzeugnissen der Landwirtschaft und der extraktiven Industrie die Unbeständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den betroffenen Ländern erhöht und die ökonomischen Wachstumsraten im Durchschnitt vermindert hat. Die Höhe der Inflationsrate – sie so niedrig wie möglich zu halten, stand in Lateinamerika im Zentrum der neoliberalen Politik der 1990er Jahre – so eine zweite Erkenntnis, habe dagegen über einen längeren Zeitraum kaum einen signifikanten Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum gehabt. (S.41)

Immer wieder finden sich im Buch Hinweise darauf, dass die geschmähte, weil die Erfordernisse der nationalen Wirtschaft über die Integration in den Weltmarkt stellende Importsubstitutionspolitik, so schlecht nicht gewesen sein könne. Dabei beschränkt sich die Gegenüberstellung der 80er und 90er Jahre auf die beiden vorangegangenen Jahrzehnte, als die von dem Argentinier Raoul Prebisch zur Theorie der »Dependencia« entwickelte Importsubstitutionspolitik ihre Periode größter Wirksamkeit bereits überschritten hatte. Ganz en passant wird drittens eine der von den Neoliberalen am heftigsten bestrittenen Thesen von Prebisch auch für die letzten vier Jahrzehnte des 20. Jahrhundert bestätigt: Die Terms of Trade, die preislichen Austauschrelationen zwischen den hauptsächlich aus Lateinamerika exportierten Rohstoffen und den vorwiegend aus den USA und Europa im bis in die jüngste Zeit gegen die Rohstofflieferanten, d. h. zuungunsten der Staaten Lateinamerika entwickelt.

Der Kennzeichnung der lateinamerikanischen Staaten als Rohstofflieferanten für die erste Welt scheinen allerdings jüngste Trends der Exportstruktur zumindest in Mittelamerika und der Karibik – eine der drei Regionen, denen je eines der sechs Kapitel des Buches gewidmet ist – entgegenzustehen. (Die anderen beiden Regionen sind die La-Plata-Staaten plus Chile und Brasilien sowie die Andenstaaten – minus Chile, plus Venezuela). Nach UN-Statistiken lag z. B. der Anteil der »Hochtechnologie-Produkte« in Mexiko bei einem

Drittel und in Costa Rica bei fast 60 Prozent der exportierten verarbeiteten Produkte. Bei näherem Hinsehen erweisen sich diese günstigen Prozentsätze jedoch als »handelsstatistisches Wunder«: Sie sind das Ergebnis der Errichtung von Wirtschaftszonen mit Lohnveredlung – an Mexikos Grenze zu den USA nennt man sie Maquiladora. Produkte der verarbeitenden Industrie, von Autoteilen bis zu elektronischen Komponenten, werden aus den USA ausgeführt, in der Maquiladora durch mexikanische Billigarbeitskräfte montiert und an die US-amerikanischen Auto- bzw. Elektronikproduzenten zurückgeliefert, statistisch gesehen exportiert.

Die einst mit der Maquiladora seitens der lateinamerikanischen Staaten verbundenen Hoffnung, dass von den neuen Industriezonen aus Impulse für die weitere Industrialisierung des gesamten Landes ausgehen würden, haben sich, so die Analyse der Autoren, nicht verwirklicht (S. 146).

Schließlich hat sich auch jene neoliberale Auffassung für Lateinamerika empirisch nicht nachvollziehen lassen, die besagt, dass im Interesse der Stärkung der Leistungsbereitschaft der Tüchtigsten eine weitere »Einkommensspreizung« der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung förderlich sei. Letztlich, so diese Auffassung, würden von dem durch erhöhte Belohnung unternehmerischer Tätigkeit ausgelösten wirtschaftlichen Aufschwung alle profitieren und die soziale Polarisierung von selbst zurückgehen. Die Wachstumsanalyse der vergangenen Jahrzehnte hat dagegen für Lateinamerika ergeben, dass ein hohes Niveau der Ungleichheit »ein Hindernis für einen wachstumsorientierten Prozess mit dem Ziel der Reduzierung von Armut« ist. (S. 141). Während die Hälfte aller Staaten mit ausgeprägter sozialer Polarisierung in den vergangenen beiden Jahrzehnten wiederholt Wachstumseinbrüche zu verzeichnen hatte, trat dieses Phänomen in Ländern mit ausgeglichenerer Einkommens- und Vermögensstruktur signifikant weniger häufig auf (S. 141-143).

Der vorliegende Band, der die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums während der beiden letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts sehr solide und detailliert untersucht, wobei über das Thema hinausgehende wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge nur

angedeutet werden, lässt eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Gründe erkennen, warum es im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts zu einem oft aggressiv anti-neoliberal bzw. anti-amerikanisch firmierenden »Linksruck« gekommen ist. Er ist – auch – die Antwort auf eine zweites »verlorenes« Jahrzehnt, wobei die Enttäuschung um so schwerer wiegt, als sich der »Washington Consensus« vollmundig als Alternative zur vorhergehenden Wirtschaftspolitik angeboten hatte – sowohl in Hinsicht des anzuwendenden Instrumentariums als auch und vor allem hinsichtlich der nach der ordnungspolitischen Kehrwende erreichbaren positiven Ergebnisse.

JÖRG ROESLER

Seit 5 Jahren erscheint das

JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Das Periodikum erscheint seit 2002 dreimal im Jahr jeweils im Januar, Mai und September, mit einem Gesamtumfang von mindestens 660 Seiten. Es wendet sich an Fachhistoriker und an historisch Interessierte, veröffentlicht Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte anderer sozialer Bewegungen, zur Alltagsgeschichte u.a. Es gibt der an Marx und Engels orientierten Geschichtsforschung Raum und steht darüber hinaus allen demokratisch gesinnten Historikern der Arbeiterbewegung offen. Die Zeitschrift will einen Beitrag zur ausgewogenen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, auch aus der Regional- und Lokalforschung, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche Vorhaben, Rezensionen und Annotationen zu Neuerscheinungen.

Der Bezug ist über die Redaktion möglich:

Redaktion des JBzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin.

E-Mail: redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das Einzelheft kostet im freien Verkauf 10 €. Das Jahresabonnement

(3 Hefte) kostet im Inland 25 € (incl. Mehrwertsteuer und Versandkosten), im Ausland 35 € (incl. Versandkosten). Die Zahlungen für das

Abonnement bzw. die Einzelhefte sind zu richten an:

NDZ GmbH, Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin

Konto-Nr. 57 44 56 10 10, Berliner Volksbank / BLZ 100 900 00.